



Das Pergamonmuseum wird erst 2037 wieder komplett zugänglich sein: Denkmalschützer hatten vor dem teuren Radikalumbau auf der Museumsinsel gewarnt.

Berlins bauliches Erbe Denkmalschutz ist Klimaschutz

Von Nikolaus Bernau

Die Denkmalpflege beschäftigt sich mit historisch gewordenen Gärten, Parkanlagen, archäologischen Fundstätten, vor allem aber mit Bauten. Also erscheint es zunächst logisch, sie mit den Bauverwaltungen zusammen zu legen, um Verzögerungen bei Sanierungen, Umbauten und Erweiterungen zu vermeiden. Dann können sich alle an einem Projekt Beteiligten besser absprechen und alles geht hoffentlich schneller.

Genau diese Zusammenlegung steht im Vertrag von SPD und CDU, die, wie Franziska Giffey sagte, ja vor allem einmal eines

wollen: „Bauen, bauen, bauen“. Der Denkmalschutz würde also aus der aktuell zuständigen Kulturverwaltung herausgelöst. Und genau deswegen herrscht unter Denkmalpflege-Interessierten bereits leichte Panik: Weil solche Sätze an die 1960er und 1970er mit ihrer rabiaten Neubau-Politik erinnern.

Den Bestand schützen

Es hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gezeigt, dass in einer gemeinsamen Verwaltung aller Planungs- und Baubehörden der Schutz des Bestands bestenfalls Nebensache ist - die nur dann gelobt wird, wenn er neue Ideen nicht stört. Gerade in Berlin, wo traditionell die Traditionsfeindschaft groß ist und das

Versprechen des Neuen viel interessanter wirkt als der oft langweilig erscheinende Denkmalschutz.

Als genuiner Denkmal-Senator hat sich auch deswegen seit 1990 nur Klaus Lederer betrachtet - und selbst in seiner Zeit geschehen vollkommen unnötige Desaster wie der von der Katholischen Kirche durchgesetzte Radikalumbau der Hedwigskathedrale oder der von den Wohnungsbaupolitikern vor allem der SPD vorangetriebene Abbruch des Jugendzentrum an der Rathenower Straße, um dort nach Schema F Appartements hinklotzen zu können.

Lederer hat eine gute Bilanz

Unter Lederer gelang es dagegen immerhin, Viertel der Zweiten Nachkriegsmoderne in West- wie in Ost-Berlin oder das ICC unter Schutz zu stellen - das die SPD über Jahrzehnte tatkräftig verhindert hat. Im Unterschied zu Wasserschutz, Baustatikprüfungen oder Feuerwehr ist die Denkmalpflege genau wie der Naturschutz reine Verhandlungsmasse. Während jene schlichtweg ein Veto einlegen können, gegen das nur

Neuplanung hilft, zieht gerade in Berlin oft schon das Argument wirtschaftlicher Unzumutbarkeit.

Gegen die Deutsche Bahn, die Post, den Bund, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu argumentieren, ist meistens vergeblich. Siehe das Desaster im Pergamonmuseum, das nun mindestens bis 2037 teilweise gesperrt bleibt und mindestens 1,5 Milliarden Euro kosten wird. Es waren die Denkmalpfleger, die - damals in der Bauverwaltung verankert - vergeblich vor dem Riesenumbau gewarnt hatten.

Schützenswerter Brutalismus

Neubau und der Schutz des Bestands stehen oft gegeneinander. Es geht also um ein Aushandeln. Dafür müssen aber die Interessen und Ansprüche klar markiert werden können. Wenn sie schon in den Verwaltungen unter dem Druck der Politik flach geschliffen werden, wie es bis vor wenigen Jahren der Fall war, kommt die Debatte über das, was wir wollen, in aller Regel entweder gar nicht oder zu spät zum Tragen: Dann, wenn alles entschieden ist.

Ehrlichkeit tut not

Idealerweise sollten also alle dem Bestand verpflichteten Schutz-Verwaltungen entweder direkt der Politik zuarbeiten oder sogar ganz unabhängig agieren. Um der Politik auch mal öffentlich sagen können: Wenn ihr das macht, wird das diese und jene Folge haben.

Fortschritt und Effizienz, gar Nachhaltigkeit messen sich nämlich nicht in Kubikmeter umbauten Raums oder der Zeit, in der diese in die Stadt gewuchtet werden. Und wenn schon dieses Ideal der unabhängigen Verwaltung nicht durchzusetzen ist - dann wenigstens die Trennung von Planen und Schutz. Egal, wer Kultursenator wird: Um den Denkmalschutz sollten er oder sie kämpfen.